

Schweiz profitiert von EU-Ausbildungen

Medizinstudium im Ausland: Wie viel Geld spart der Staat?

Stefan Bühler

Allein an der Uni in Cluj-Napoca, Rumänien, studieren derzeit 122 Schweizer und Schweizerinnen Medizin. Auch in anderen östlichen EU-Staaten sind Dutzende Schweizer immatrikuliert. Das berichtete diese Zeitung im September gestützt auf Recherchen.

Kurz darauf sprach sich das Parlament für die Abschaffung des Numerus clausus für angehende Ärztinnen und Ärzte aus: Die Schweiz soll mehr Ausbildungsplätze anbieten. Derzeit bildet unser Land pro Jahr rund 1200 Medizinerinnen und Mediziner aus. Das genügt bei weitem nicht: Letztes Jahr an-

erkannte der Bund ausländische Diplome von 3364 Personen.

Nun doppelt SP-Co-Präsident Cédric Wermuth nach. Per Vorstoss fordert er vom Bund genaue Zahlen darüber, wie viele Schweizerinnen und Schweizer seit 2002 im Ausland Medizin studierten. Und wie viele davon heute in der Schweiz praktizieren. «Was hätte die Ausbildung dieser Ärzt:innen in der Schweiz gekostet?», fragt Wermuth. Und: «Ist dieses Phänomen so oder ähnlich auch von anderen Berufsgruppen bekannt?»

Die Diskussion wirft ein neues Licht auf die derzeit aufflammende Diskussion, wie viel die Schweiz im Rahmen der bilateralen Verträge künftig als

Kohäsionszahlungen ausrichten soll. Ausgehandelt sind 350 Millionen Franken pro Jahr; zudem wird eine einmalige Zahlung für die Jahre ab 2025 bis Inkrafttreten der Verträge fällig, pro Jahr 130 Millionen.

Kritiker der neu ausgehandelten Bilateralen finden das zu hoch. Sie verweisen darauf, die Schweiz habe gegenüber der EU eine negative Handelsbilanz, die EU profitiere wirtschaftlich stärker von der Schweiz als die Schweiz von der EU, so das Argument.

Im Vorstoss des SP-Präsidenten finden sich Hinweise, dass mit der Handelsbilanz wohl nicht alles gesagt ist. Cédric Wermuth verweist auf den Ob-

servationsbericht des Bundes zur Personenfreizügigkeit 2023. Demnach arbeiteten 2022 in der Schweiz 176'000 aus der EU stammende Personen in Berufen mit hohen Qualifikationsanforderungen. Mehr als die Hälfte der im Rahmen des Freizügigkeitsabkommens in die Schweiz zugewanderten Personen, 56 Prozent, gehörten zu den drei Berufsgruppen mit den höchsten Ausbildungsanforderungen, heisst es im Bericht.

Kettenreaktion auf Kosten der ärmsten Länder

Wermuth verweist weiter auf eine Studie der UBS von 2014. Die Grossbank schätzte damals, dass die Schweiz durch die Einwande-

rung von hoch qualifizierten Arbeitskräften jedes Jahr sechs bis neun Milliarden Franken Ausbildungskosten sparte. Es sei «klar», dass die Kohäsionszahlungen nicht als Ausgleich dieser enormen Ausbildungskosten betrachtet werden könnten, sagt Wermuth: «Sie sind unabhängig davon richtig, weil sie helfen, Demokratie und Entwicklung zu fördern in Europa.»

Er zielt nicht darauf ab, die Personenfreizügigkeit einzuschränken. Diese Grundfreiheit sei für die Menschen in Europa ein Gewinn. «Die Idee der Personenfreizügigkeit war aber nicht, dass sich die reichen Staaten die Ausbildung ihrer Jugend auf Kosten der ärmeren Staaten

sparen.» Das heutige System führe dazu, dass die ärmsten EU-Länder ihre Ärztinnen in Osteuropa rekrutierten und die osteuropäischen Staaten in andere Weltregionen auswichen: «Am Ende fehlt es genau den ärmsten Ländern der Welt an medizinischem Personal», sagt Wermuth.

Das Ziel müsse deshalb sein, «dass die Schweiz deutlich mehr in die Ausbildung und in bessere Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen investiert». Es brauche attraktivere Arbeitsbedingungen in der Schweiz, gerade in den Gesundheitsberufen. «Genau das will die Pflegeinitiative erreichen, aber leider geht die Umsetzung noch zu langsam.»